

**Niederschrift über die 4. Sitzung der STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG
in der Wahlperiode 2021 – 2026 am Mittwoch, dem 08. September 2021
im Bürgerhaus Gambach Nr.04/2021**

- 1 Verleihung des Ehrenbriefes des Landes Hessen an Herrn Ronald Berg**

- 2 Mitteilungen**
 - a) des Stadtverordnetenvorstehers
 - b) des Magistrats

- TEIL A – ohne Beratung**

- 3 Arbeitskreis „Runder Tisch“-Verzahnung Stadt, Schule und Kindergärten**
 - a) Bericht des Ausschusses für Jugend, Soziales und Kultur
 - b) Bericht des Magistrats
 - c) Beschlussfassung

- 4 Breitbandausbau in der Stadt Münzenberg**
 - a) Bericht des Haupt- und Finanzausschusses
 - b) Bericht des Magistrats
 - c) Beschlussfassung

- 5 Verwaltungsgebäude, u.a. Herstellung der Barrierefreiheit**
 - a) Bericht des Haupt- und Finanzausschusses und des Ausschusses für Bauen, Ökologie und Planung
 - b) Bericht des Magistrats
 - c) Beschlussfassung

- 6 Kindergartenbedarfsplanung**
 - a) Bericht des Haupt- und Finanzausschusses, des Ausschusses für Bauen, Ökologie und Planung sowie Ausschuss für Jugend, Kultur und Soziales
 - b) Bericht des Magistrats
 - c) Beschlussfassung

- TEIL B – mit Beratung**

- 7. Straßenausbau Ringstraße im Stt. Gambach**
 - a) Bericht des Ausschusses für Bauen, Ökologie und Planung
 - b) Bericht des Magistrats
 - c) Beratung
 - d) Beschlussfassung

- 8 Bebauungsplan „In den Wingerten“ im Stt. Trais**
 - a) Bericht des Ausschusses für Bauen, Ökologie und Planung
 - b) Bericht des Magistrats
 - c) Beratung
 - d) Beschlussfassung

- 9 Änderung der Satzung über die Benutzung der Kindergärten**
 - a) Bericht des Magistrats
 - b) Beratung
 - c) Beschlussfassung

- 10 Schaffung eines Kinder- und Jugendbeirates**
 - a) Bericht des Magistrats
 - b) Beratung
 - c) Beschlussfassung

- 11** **Antrag der SPD-Fraktion zur Installierung eines Wochenmarktes**
a) Bericht des Magistrats
b) Beratung
c) Beschlussfassung
- 12** **Antrag der CDU-Fraktion „Lärm- und verkehrsberuhigende Maßnahmen Ortsdurchfahrten“**
a) Bericht des Magistrats
b) Beratung
c) Beschlussfassung
- 13** **Anfrage der CDU-Fraktion „Gefahrenabwehrplan, Bevölkerungsversorgung und -warnung“**
a) Bericht des Magistrats

Anwesenheit:

I. Magistrat

Bürgermeisterin Dr. Isabell Tammer
Erster Stadtrat Lothar Düringer „e“
Stadtrat Heinz Reuhl
Stadträtin Cornelia Scheurich
Stadtrat Carsten Bolz
Stadtrat Hagen Vetter
Stadtrat Wolfgang Fitzthum
Stadtrat Gerhard Immel-Voigt

I. Stadtverordnete:

01 Eiser, Dirk	09 Haas, Rudolf	17 Berg, Ronald
02 Grieb, Stefan	10 Hoerschelmann, Klaus	18 Voigt, Meike
03 Heise, Alexander	11 Hüttl, Peter	19 Düringer, Otfried
04 Kaiser, Stefan	12 Müller, Matthias	20 Hoppe, Richard
05 Rasser, Daniel	13 Schwab, Norbert	21 Reisinger, Vera ab 20:10
06 Schepp, Thorsten	14 Sickel, Gabriele	22 Schaback, Armin
07 Werner, Tim-Niklas	15 Trivilino, Andrea	23 Wagner-Glaub, Birgit
08 Zeiß, Hans Jürgen	16 Tschertner, Manfred	

Abwesend (entschuldigt „e“, unentschuldigt „u“):

Beginn der Sitzung: 20.00 Uhr Ende der Sitzung: 22.05 Uhr

Schriftführerin: Heike Mühlenbruch

Im Nachfolgenden werden bezeichnet:

- | | |
|--|------------|
| a) Der Haupt- und Finanzausschuss als | H+F |
| b) Der Ausschuss für Bauen, Ökologie und Planung als | BÖP |
| c) Der Ausschuss Jugend, Soziales und Kultur als | JSK |

Stadtverordnetenvorsteher Manfred Tschertner eröffnet die 4. Sitzung der Stadtverordneten und begrüßt alle Anwesenden. Die Stadtverordnetenversammlung war durch Einladung ihrer Mitglieder unter Mitteilung der Tagesordnung rechtzeitig und ordnungsgemäß einberufen. Ort und Stunde sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekannt gegeben.

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass gegen die Ordnungsmäßigkeit der Einberufung keine Einwände erhoben wurden. Die Beschlussfähigkeit bei 22 anwesenden Stadtverordneten wurde festgestellt.

CDU Fraktionsvorsitzender Alexander Heise beantragt die Verschiebung von TOP 4 aus Teil A – ohne Beratung – in Teil B – mit Beratung. Die TOPs 5 und 6 rücken auf der Tagesordnung entsprechend nach oben und sind neu TOP 4 und 5.

TOP 1

Im Auftrag von Ministerpräsident Volker Bouffier und Landrat Jan Weckler wurde Ronald Berg (Fraktionsvorsitzender der FWG) der Landesehrenbrief des Landes Hessen verliehen. In ihrer Laudatio betonte BGM Dr. Isabell Tammer die Fülle an Ämtern und Aufgaben, die Ronald Berg in den vergangenen Jahrzehnten ehrenamtlich ausgeübt hat und ausübte. Ihn zeichne vor allen Dingen aus, dass er in sehr vielen Fällen schon als Gründungsmitglied aktiv war. Sie dankte ihm für sein Engagement für Gesellschaft und Demokratie.

Stadtverordnetenvorsteher Manfred Tschertner schloss sich den Glückwünschen von BGMIn Dr. Isabell Tammer an. Er verlas den Ehrenbrief und überreichte ihn zusammen mit der dazugehörigen Ehrennadel.

TOP 2a):

Stadtverordnetenvorsteher Manfred Tschertner wies die Teilnehmer der StaVo auf die derzeit gültigen Corona-Schutzmaßnahmen hin und kündigte regelmäßige Lüftungspausen an.

Er begrüßte Meike Voigt (FWG) als Nachrückerin für den zurück getretenen Armin Debus.

Der Stadtverordnetenvorsteher informierte über den 90. Geburtstag von Ehrenstadtrat Willi Mengel und einen gemeinsamen Gratulationsbesuch mit BGMIn Dr. Isabell Tammer.

Der Stadtverordnetenvorsteher teilte mit, dass der Nutzungsvertrag zur Obergasse 70 zwischen Magistrat und Kulturverein Nebenan e.V. dem Parlament vorliegt und mit den geleisteten Unterschriften rechtskräftig sei (siehe Anlage 4 – HSGB-Stellungnahme).

Er kritisierte die späte Vorlage des Vertrags seitens des Magistrats als Umsetzung des entsprechenden Beschlusses der StaVo vom 10.02.21 TOP 4a. Er hätte eine frühere Umsetzung erwartet.

Stadtverordnetenvorsteher Tschertner kündigte eine persönliche Erklärung des CDU Fraktionsvorsitzenden Alexander Heise nach §26, Abs.2 GO am Ende der Sitzung an. Wortlaut der Erklärung siehe Anlage 3.

TOP 2b):

Die Mitteilungen des Magistrats liegen der Niederschrift als Anlage 1 bei.

TOP 3a+b):

Die Vorsitzende des JSK Andrea Trivilino berichtet über die Sitzung vom 14.07.2021.

Im Ausschuss wird **einstimmig** folgender Beschlussvorschlag angenommen:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt zur Intensivierung der Vernetzung zwischen den Kitas, dem Kinder- und Jugendbüro der Stadt Münzenberg und der Johanniterschule Münzenberg-Gambach die Schaffung von 2 zunächst auf 2 Jahre befristeten Stellen und die Aufnahme der Stellen in den Stellenplan.

TOP 3c):

Der Beschlussvorschlag wird **einstimmig** angenommen.

NEU TOP 4a+b) (alt TOP 5a+b):

Für den H+F sowie für den BÖP berichtet Ronald Berg (Vorsitzender H+F) über die gemeinsame Ausschusssitzung vom 04.08.21.21.

Im Ausschuss wird **einstimmig** folgender Beschlussvorschlag angenommen:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, die Erweiterung sowie die Schaffung der Barrierefreiheit weiter zu planen und nach Aktualisierung der Kosten die Anträge beim Förderprogramm HESSENKASSE zu stellen.

NEU TOP 4c) (alt TOP 5c):

Der Beschlussvorschlag wird bei **22 Ja-Stimmen** und **1 Nein-Stimme** angenommen.

Neu TOP 5a+b) (alt TOP 6a+b):

Für den H+F sowie für BÖP und JSK berichtet Ronald Berg (Vorsitzender H+F) über die gemeinsame Ausschusssitzung vom 04.08.21.

Im Ausschuss wird **einstimmig** folgender Beschlussvorschlag angenommen:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, die Erweiterung im OG des Taubenhauses weiter zu planen und nach Aktualisierung der Kosten die Anträge beim Förderprogramm HESSENKASSE zu stellen.

Neu TOP 5c) (alt TOP 6c):

Der Beschlussvorschlag wird **einstimmig** angenommen.

NEU TOP 6 a+b) (alt TOP 4 a+b):

Ausschussvorsitzender Berg berichtet über die Ergebnisse der interkommunalen Arbeitsgruppen-Beratung am Montag 03.08.21 im Rathaus Münzenberg.

Die Arbeitsgruppe – und hier die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Münzenberg – ist zu dem Ergebnis gekommen, dass der Breitbandausbau mit der GVG Glasfaser weiter vorangetrieben werden soll.

Der Ausschussvorsitzende Berg trägt den Beschlussvorschlag der Arbeitsgruppe vor:

Der Magistrat wird beauftragt, unter Berücksichtigung der Stellungnahmen des Anwaltsbüros (RA Klenk) und des HSGB einen Kooperationsvertrag mit dem Netzentwickler GVG Glasfaser GmbH auszuhandeln und abzuschließen. Dem wird **einstimmig** zugestimmt.

BGMin Dr. Tammer wundert sich über die Notwendigkeit einer Aussprache zum Thema. Der Netzentwickler hätte formal die Stadt nicht um Erlaubnis fragen müssen. Das vorliegende Angebot sei kostenneutral für die Stadt und basisdemokratisch – denn jeder Bürger, jede Bürgerin kann selbst entscheiden, ob der Anschluss ans Glasfasernetz verlegt werden soll oder nicht.

Dr. Tammer unterstreicht die Bedeutung des Glasfaserausbaus als Standortvorteil und Zukunftssicherung für Münzenberg. Von der Gemeinde Wölfersheim kam als Rückmeldung aus den jüngsten Verhandlungen mit GVG Glasfaser, dass – bis auf zwei Punkte – alle Änderungswünsche der beteiligten Kommunen Münzenberg, Rockenberg und Wölfersheim umgesetzt werden.

CDU Fraktionsvorsitzender Alexander Heise nimmt dies zur Kenntnis. Er macht deutlich, dass seine Fraktion einen generationensicheren Vertrag wünscht. Außerdem soll sichergestellt sein, dass die Stadt ein Mitspracherecht hat, wenn der Netzentwickler das Netz in Münzenberg verkauft, denn es handele sich um eine für die Stadt kritische Infrastruktur. Er fordert, dass zunächst der unterschriftsreife Vertrag dem Parlament vorgelegt wird. Andernfalls werde die CDU Fraktion ihre Zustimmung verweigern.

BGMin Dr. Tammer teilt teilweise die Bedenken des CDU Fraktionsvorsitzenden und verweist auf die noch ausstehende Klärung offener Punkte am 09.09.21. Im Vertrag soll ein Vorkaufsrecht der Stadt eingetragen werden. Sie hat Vertrauen in das Unternehmen. Es handele sich hier um einen konservativen deutschen Investor, der Gelder u.a. aus Fonds zur Sicherung der Mitarbeiterrenten anlege.

SPD Fraktionsvorsitzender Peter Hüttl ist nicht der Meinung, dass das Parlament zu sehr in die Detail-Arbeit gehen solle. Er fand das bisherige Vorgehen seitens des Magistrats gut und transparent. Hüttl mahnt zur Eile, da viele Kommunen den Glasfaserausbau bereits beschlossen und teilweise sogar schon umgesetzt hätten. Eine durch die von der CDU vorgeschlagene Vorgehensweise hervorgerufene Verschiebung sei nicht praktikabel. Der SPD Fraktionsvorsitzende spricht sich für eine Entscheidung zum Vertrag in der laufenden Sitzung aus um das für Münzenberg wichtige Infrastrukturprojekt nicht länger zu verzögern.

FWG Fraktionsvorsitzender Ronald Berg erinnert daran, dass bei diesem interkommunalen Projekt die Gemeinde Wölfersheim umfangreiche Vorarbeiten geleistet habe und auch eine juristische Prüfung

des Vertrags erfolgt sei. Die Eintragung eines Vorkaufsrechts sei wichtig. Insgesamt ist die FWG für eine zügige Umsetzung des Projekts.

CDU Fraktionsvorsitzender Alexander Heise verweist nochmals auf die ungewöhnliche Vorgehensweise, dass dem Parlament ein Vertragsentwurf zur Begutachtung vorgelegt worden sei. Der Entwurf habe in seiner Fraktion viele Fragen aufgeworfen und sei inhaltlich nicht gut ausgearbeitet gewesen. Er fordert eine parlamentarische Kontrolle zu den geforderten Änderungen.

Die SPD Abgeordneten Andrea Trivilino und Rudolf Haas fragen nach dem Anschluss der Aussiedlerhöfe an das Glasfasernetz.

BGMin Dr. Tammer antwortet: Ein Anschluss der Aussiedlerhöfe sei abhängig von der Trassenführung der Zuleitung. An der Trasse liegende Höfe können problemlos angeschlossen werden, abseits liegende Höfe nicht. Die Kosten für diese Anschlüsse seien unverhältnismäßig teuer – und zwar unabhängig vom gewählten Bauverfahren.

FWG Fraktionsvorsitzender Berg zeigte sich überrascht von Heises Einwänden. Man habe nicht blauäugig einen Mustervertrag übernommen. Wichtige Passagen wurden im Sinne der beteiligten Kommunen geändert und die GVG Glasfaser habe den größten Teil der Vorschläge akzeptiert. Eine nochmalige Beratung im H+F sei nicht mehr nötig.

CDU Fraktionsvorsitzender Alexander Heise stellt klar, dass er mit den Vertragsausführungen sehr zufrieden sei. Er hadert allerdings immer noch mit der Vorgehensweise insgesamt und beantragt eine Sitzungsunterbrechung.

Sitzungsunterbrechung (21.04- 21.10 Uhr)

Um 21.08 Uhr verlässt der Stadtverordnete Richard Hoppe aus gesundheitlichen Gründen die Sitzung

Nach Wiederaufnahme der Sitzung stellt die CDU Fraktion einen abgeänderten Beschlussvorschlag vor, über den abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat unter Berücksichtigung der Stellungnahmen des Anwaltsbüros (RA Klenk) und des HSGB den Kooperationsvertrag mit dem Netzentwickler GVG Glasfaser GmbH unterschriftsreif auszuhandeln. Vor der Unterschrift wird der Vertrag der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt.

TOP 6c) (alt TOP 4c):

Der Beschluss wird bei **14 Ja-Stimmen, 7 -Nein-Stimmen** und **1 Enthaltung** angenommen.

TOP 7a):

21.16 Uhr: Stadtverordnete Andrea Trivilino verlässt die Sitzung wg. eines bestehenden Interessenkonfliktes.

Dirk Eiser, Vorsitzender BÖP, berichtet über die gemeinsame Sitzung des BÖP mit dem Ortsbeirat Gambach am 01.09.21 im Bürgerhaus Gambach.

Im Zuge des Straßenbaues werden die Wasserleitungen incl. Hausanschlüssen erneuert sowie die Kanalleitungen instandgesetzt. Ob ggf. auch Kanalhausanschlüsse zu erneuern sind, wird eine örtliche Prüfung im Zuge der Baumaßnahme ergeben.

Von Seiten der OVAG als Stromversorger wurde mitgeteilt, dass die im Ausbaubereich verlaufenden Überspannungsleitungen abgängig sind und unterirdisch verlegt werden sollen.

Die Ausschussmitglieder sowie der Ortsbeirat Gambach empfehlen jeweils **einstimmig** der Stadtverordnetenversammlung dem vorgeschlagenen Ausbau der Ringstraße gemäß vorliegender Planung zuzustimmen.

TOP 7 b):

Zum Ausbau der Ringstraße fand am 25.08.21 eine Anliegerversammlung statt. BGMin Tammer berichtet kurz über die Anregungen aus dieser Versammlung zu dem geplanten Ausbau.

Die Ausbaupläne wurden bis zur Ausschuss-Sitzung entsprechend angepasst und auf der städtischen Homepage unter „NEUES“ eingestellt.

Der Ausbau soll entsprechend dieser Pläne vorgenommen werden.

TOP 7c):

Für die SPD erkundigen sich Fraktionsvorsitzender Peter Hüttl und Abgeordneter Norbert Schwab, ob die Nivellierungen der Grundstücke bis zum Straßenniveau in den Leistungen der ausführenden Firma enthalten seien.

BGMin Dr. Tammer antwortet, diese würde – soweit möglich – so gehalten. Es sei aber nicht auszuschließen, dass es Ausnahmen von dieser Vorgehensweise geben könnte. Es erfolgt jeweils eine Einzelfallprüfung.

CDU Fraktionsvorsitzender Alexander Heise fragt nach dem im Zuge der Umstellung auf wiederkehrende Straßenbeträge zu erstellenden 5-Jahres-Plan, damit die Betroffenen zuverlässig planen könnten. Außerdem will er wissen, wann es belastbare Zahlen zum Projekt Ringstraße gibt.

BGMin Dr. Tammer erinnert daran, dass dieser Plan bereits vorliegt. Dieser umfasst in Gambach drei Projekte: Bürgersteige im ersten Bauabschnitt Brückfeld sowie die Straßenausbauten Ringstraße und Schulstraße. In Münzenberg steht der Burgweg in der 5-Jahres-Planung. In den beiden anderen Stadtteilen sind aktuell keine Projekte vorgesehen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem vorgeschlagen Ausbau der Ringstraße zu.

TOP 7d):

Der Beschluss wird **einstimmig** angenommen.

21.28 Uhr: Stadtverordnete Andrea Trivilino nimmt wieder an der Sitzung teil.

TOP 8a):

Dirk Eiser, Vorsitzender BÖP, berichtet über die gemeinsame Sitzung des BÖP mit dem Ortsbeirat Trais am 01.09.21 im Bürgerhaus Gambach. Da fast alle Ortsbeiratsmitglieder an diesem Termin verhindert waren, verliest der Ausschussvorsitzende Dirk Eiser eine schriftliche Stellungnahme des Ortsbeirates Trais zu diesem TOP.

„Zu den Beschlussvorlagen:

bb) zu der Festsetzung der GRZ im Gebiet WA 1 beschließt der Ortsbeirat einstimmig 0,4.

cc) Die Straßenführung soll als Ringstraße angelegt werden, wenn möglich nicht im Einbahnverkehr (Einbahnstraße).

Der Ortsbeirat bittet zu prüfen, ob bei einer erneuten Offenlegung, die 4 Bauplätze – entlang der Dühbergstraße – mit einbezogen werden können. So würden sich die Kapazitäten erweitern, da die Fläche der Stadt Münzenberg gehört.

Alle aufgeführten Punkte wurden vom Ortsbeirat einstimmig beschlossen.“

Nach kurzer Aussprache wird **einstimmig** folgender Beschlussvorschlag der Stadtverordnetenversammlung zur Annahme empfohlen:

aa) Abwägung der eingegangenen Anregungen / Bedenken (vgl. Vorlage zur Sitzung vom 03.02.2021)

Die vorstehenden Beschlussempfehlungen zu den im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs.2 BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Anregungen werden als Stellungnahmen der Stadt Münzenberg beschlossen.

bb) zu der Festsetzung der GRZ im Gebiet WA 1

Die GRZ im Gebiet WA 1 bleibt bei 0,35.

cc) zu der Straßenführung

Die Straßenführung wird als Ringstraße (Einbahnstraße) angelegt.

dd) zur erneuten Offenlage

Die Straßenführung soll entsprechend Top 2c)cc) geändert werden, somit ist der Entwurfsplan erneut offen zu legen.

Die textliche Festsetzung und Hinweise von Oktober 2020 werden übernommen und entsprechend angepasst und ergänzt.

TOP 8b):

In der Ausschusssitzung vom 14.06.2021 wurde vom Ortsbeirat Trais vorgeschlagen, die GRZ um 0,05 auf 0,4 zu erhöhen und die Straßenführung in einen Rundweg zu verändern. Von Seiten des Magistrats kann nicht empfohlen werden, die GRZ zu erhöhen, da so einer nicht nötigen zusätzlichen Flächenversiegelung Vorschub geleistet wird.

Grundsätzlich wird zunächst erläutert, dass die Grundflächenzahl (GRZ) angibt, welcher Teil der Grundstücksfläche überbaut werden darf. Für einen Bauplatz in der Größe von z. Bsp. 500 m² könnten bei einer GRZ von 0,35 also 175 m² überbaut werden. Für Nebenanlagen (Geräteschuppen oder Schwimmbecken und Zufahrten) kann diese Fläche auch noch um 50 % überschritten werden. Das wären dann insgesamt 262,50 m², die überbaut/versiegelt werden könnten.

In den aktuellen Baugebieten in Ober-Hörgern, Münzenberg und Gambach ist die GRZ durchgängig mit 0,35 festgesetzt. Es ist nur ein Fall bekannt, in dem begehrt wurde, dies zu erhöhen.

In allen anderen Fällen ist die GRZ von 0,35 immer ausreichend gewesen. Die durchschnittliche tatsächliche Bebauung liegt bei rd. 0,3.

Es lässt sich also klar feststellen, dass die ganz überwiegende Mehrzahl der Bewerber – dies sind in Trais durchgängig junge Familien – keine höhere GRZ für sogenannte „eigene Einfamilienhäuschen“ benötigen.

. Um wie vom OB Trais gewünscht Gegenverkehr zu ermöglichen, müsste die Straßenbreite erhöht werden. Dies hätte eine Grundstücksverkleinerung zur Folge und deshalb sollte es bei der Einbahnstraßenführung bleiben.

Eine Verknüpfung der aktuellen Planung mit zusätzlichen 4 weiteren Grundstücke in der Dühbergstraße, ist ohne weiteres nicht möglich. Hier muss u.a. vorher die UNB beteiligt werden, somit sollte dies nicht in die aktuelle Planung mit einbezogen werden.

TOP 8c):

SPD Abgeordneter Norbert Schwab kritisiert, die zu kurz gehaltene Niederschrift der Ausschusssitzung, da Außenstehende aufgrund dieser Vorlage nicht nachvollziehen könnten, um was es gehe. Er wünscht eine Aufnahme der gesetzlichen Regelung in den textlichen Teil des Bebauungsplans, dass die höchstzulässig überbaubare Grundstücksfläche um 50% bis zu einer GRZ von maximal 0,525 für Nebenanlagen wie z.B. Zufahrten, Geräteschuppen oder Garagen überschritten werden darf.

TOP 8d):

Der Beschluss wird **einstimmig** angenommen.

TOP 9a):

Am Runden Tisch mit den Elternbeiräten wurde von den Elternbeiräten der Wunsch vorgetragen, die erforderlichen Erhöhungen von Gebühren lieber in regelmäßigen kleinen Schritten vorzunehmen, als nach einigen Jahren in größeren Beträgen die Gebühr anzupassen.

Diesem Wunsch wurde in der Vergangenheit bereits mehrfach Rechnung getragen und der Magistrat legt jetzt der Stadtverordnetenversammlung mit dieser Vorlage einen Gebührevorschlag zum Ausgleich der zwischenzeitlich beschlossenen Tarifierhöhungen zum Ausgleich der allgemeinen Preissteigerungen im Produktbereich Kindergärten vor.

Nach dem letzten Abschluss der Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst wurden die Gehälter um 1,4 % für 2021 und weitere 1,8 % ab dem 1.4.2022 angehoben. Aufgrund der allgemeinen Preissteigerungen wird eine Steigerung der Verbraucherpreise (Energie / Gebäudeunterhaltung / usw.) in 2021 um 2,1 % und in 2022 um 1,7 % prognostiziert. In Folge der Änderung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes vom 25.06.2020 ergibt sich ein höherer Fachkräftebedarf und damit höhere Personalkosten (vgl. Haushalt 2021 Produktbereich Kindergärten), da die Zeiten für Leitungsstunden auf 20 % und die Zeiten für Krankheitsausfälle und Vorbereitungszeiten von 15 auf 22 % der erforderlichen Fachkraftstunden erhöht worden sind. Dies ist bis zum 31.07.2022 von den Trägern umzusetzen.

Die Gebühren für die Vormittagsbetreuung im Kindergartenbereich sind in der Satzung auszuweisen und werden aber nach dem neuen Hess. Kinder- und Jugendhilfegesetz von der Beitragszahlung

freigestellt (d. h. es sind von den Eltern für die Vormittagsbetreuung keine Beiträge zu leisten). Der Beitragsausfall geht voll zu Lasten der Gemeinden.

TOP 9b):

Für die SPD teilt Fraktionsvorsitzender Peter Hüttl mit, dass seine Fraktion die aktuelle Vorlage zur Beitragserhöhung mittrage. Allerdings plant die SPD-Fraktion eine genauere Betrachtung der Kostenentwicklung für Kitabeiträge in den anstehenden Beratungen für den Haushalt 2022. Die SPD möchte darüber reden, ob es denn immer wieder Erhöhungen zu Lasten der Eltern geben müsse.

BGMin Dr. Tammer beantwortet dies mit „Ja“. Die Kommune finanziert die Kitas monatlich mit ca. 120.000 €. Eltern trügen davon nur einen prozentualen Anteil. Diesen wolle man auf gleicher Höhe belassen. Sobald Löhne des Personals steigen, steigen auch die Kita-Beiträge.

Der CDU Abgeordnete Dirk Eiser versteht nicht, warum die SPD das Thema Erhöhungen der Kita-Beträge in der Haushaltsdebatte nochmals aufgreifen wolle. Mit ihrer heutigen Zustimmung sei die nächste Erhöhung bereits beschlossen und auf den Weg gebracht.

SPD Fraktionsvorsitzender Peter Hüttl entgegnete, dass er das Parlament in der Pflicht sieht, langfristig das Thema zu prüfen, daher werde das Thema in den Haushaltsberatungen auf der Agenda stehen.

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat schlägt der Stadtverordnetenversammlung die Veränderung der Gebühren zum 1.1.2022 und 2023 in Höhe von jeweils 2 % vor. Die jeweiligen Beträge sind in der Änderungssatzung dargestellt.

TOP 9c):

Der Beschluss wird **einstimmig** angenommen.

TOP 10a):

In der Stadtverordnetenversammlung vom 20.05.2021 wurde von der CDU-Fraktion die Schaffung eines Kinder- und Jugendbeirates beantragt und der Magistrat mit der Erstellung eines Konzeptes sowie einer Satzungsvorlage beauftragt. Die Fachstelle Jugendarbeit, die mit der Ausarbeitung des Konzeptes betraut wurde, stellte in der Vorbereitung fest, dass zunächst der Rahmen, in dem die Beteiligung der Kinder und Jugendlichen stattfinden soll, geklärt werden muss. Sollen sie „nur“ angehört werden (vergleichbar mit dem Ortsbeirat), oder bekommen sie Rede-, Antrags-, Entscheidungsrechte oder sogar ein eigenes Budget?

Da es unterschiedlichste Formen und Stufen der Beteiligung (z.B.: Kinder- und Jugendparlament, Jugendforum, Jugendbeirat, u.v.m.) gibt, die sich in Struktur, Zugänglichkeit, Intensität und Befugnissen unterscheiden, schlägt die Fachstelle Jugendarbeit vor, diese im Ausschuss Jugend, Soziales und Kultur anhand von Praxisbeispielen aus anderen vergleichbaren Kommunen vorzustellen. Gemeinsam kann dann eine für die Stadt Münzenberg passende Form gefunden werden, die die Rahmenbedingungen für ein Beteiligungskonzept konkretisiert.

TOP 10b):

CDU Fraktionsvorsitzender Alexander Heise lobt die Magistratsvorlage. Er zeigt sich begeistert, dass dieses vom Parlament geforderte Thema so zeitnah abgearbeitet wurde. Er unterstützt die Überweisung in den JSK.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung überweist dieses Thema in den Ausschuss für Jugend, Soziales und Kultur zur weiteren Beratung und Festlegung der Rahmenbedingungen

TOP 10c):

Der Beschluss wird **einstimmig** angenommen.

TOP 11:

Die SPD-Fraktion beantragt die Ausschreibung eines Wochenmarktes auf dem Bürgerplatz durch die Kombination mit der monatlichen Öffnung des unteren Bereichs des Bürgerhauses durch den Magistrat. Gleichzeitig sollen an Markttagen die Toiletten des Bürgerhauses Gambach zur Verfügung gestellt werden.

Im zweiten Teil des Antrags geht es um die Unterstützung von ortsansässigen Vereinen durch die Stadt bei der Erarbeitung eines monatlichen Begleitprogramms an Markttagen.

Fraktionsvorsitzender Peter Hüttl begründet den Antrag der SPD:

Damit der Bürgerplatz wieder mit Leben erfüllt wird, ist es sinnvoll diesem wieder zu Attraktivität zu verhelfen. Deshalb ist es wichtig den schon jetzt stattfindenden kleinen Markt, der bisher von der „Blechbux“ an jedem Freitag veranstaltet wird, weiter zu unterstützen und auszubauen. Um auch den Vereinen eine Möglichkeit zu geben sich mit den Bewohnern auszutauschen und evtl. Kaffee/Kuchen oder anderes anzubieten wie Z.B. einen Flohmarkt.

TOP 11a):

Für den Magistrat informiert Dr. Isabell Tammer, dass sich weitere Beschicker an einer Teilnahme des Freitags-Marktes interessiert gezeigt hätten. Es sei in der Planung, dass die Stadt ein Banner für diesen Markt anfertigen lässt. Am Banner sollen die jeweiligen Marktbesicker die Möglichkeit haben, z.B. in Form eines Wimpels mit Logo auf sich aufmerksam zu machen.

TOP 11b):

CDU-Fraktionsvorsitzender Alexander Heise freut sich über den Antrag der SPD. Er sieht Wochenmärkte grundsätzlich positiv und schlägt daher vor, das Thema nicht auf Gambach zu begrenzen, sondern dies im gesamten Stadtgebiet anzustreben. Er rät im Zuge dessen dringend dazu, vorhandene Kompetenzen einzubinden. Insbesondere eine Zusammenarbeit mit André Stranz (Landwaren Stranz) hält er für geboten, da dieser Mitglied im Marktverein Konstablerwache sei und über entsprechende Erfahrungen zur Organisation von Märkten verfügt.

Dem zweiten Teil des Antrags steht er offen gegenüber. Allerdings wundert er sich, dass die SPD hierfür einen eigenen Antrag für notwendig hält. Seines Wissens habe noch kein Verein Schwierigkeiten gehabt, eigene Vorhaben in der Stadt umzusetzen. Dies wird von BGMin Dr. Tammer bestätigt.

FWG Fraktionsvorsitzender Ronald Berg begrüßt Heises Vorschlag, die Marktidee auf das Stadtgebiet auszuweiten.

Beschlussvorschlag:

A – Der Magistrat wird beauftragt, regelmäßige Märkte im Stadtgebiet auszuschreiben auf denen frische und regionale Ware angeboten wird.

B – Zusätzlich wird einmal im Monat der untere Bereich des Bürgerhauses mit Toiletten geöffnet um ortsansässigen Vereinen die Möglichkeit zu geben, ein Informations- oder Flohmarkt-Angebot mit Kaffee und Kuchen zur Verfügung zu stellen

TOP 11c):

Teil A wird **einstimmig** angenommen.

Teil B wird **einstimmig** zur weiteren Beratung in den Ausschuss JSK überwiesen.

TOP 12:

Die CDU-Fraktion stellt folgenden Antrag:

Die Bürgermeisterin als Ordnungsbehörde und der Magistrat der Stadt Münzenberg werden beauftragt für die Ortsdurchfahrten im Stadtgebiet Münzenberg in der Zeit von 22 bis 6 Uhr eine Geschwindigkeitsbeschränkung von 30 km/h unter Absprache der zu beteiligenden Behörden zu prüfen und wenn möglich einzuführen. Da die Straßen L 3053, L 3132, L3136, L3031 sowie die K 166 „Verkehrsadern“ in der Stadt Münzenberg sind, ist die Verkehrsbelastung teilweise sehr hoch und die Geräuschbildung belastet die anwohnende Bevölkerung. Durch eine Senkung der zulässigen Fahrgeschwindigkeit auf 30km/h in der Zeit von 22-6 Uhr soll eine Entlastung in den Nachtstunden geschaffen werden. In anderen Kommunen in der Umgebung sind solche Maßnahmen auf Durchgangsstraßen bereits erfolgt. Aus Sicht der CDU sollte daher auch in der Stadt Münzenberg gelten: „Wer gut schläft, der gut wohnt.“ Durch angepasste Geschwindigkeitskontrollen in regelmäßigen Abständen soll im Sinne der Allgemeinheit die Einführung der Maßnahme überwacht und zum Erfolg geführt werden.

TOP 12a):

Aus Sicht von BGMin Dr. Tammer spricht grundsätzlich nichts gegen den Antrag der CDU-Fraktion. Sie verweist darauf, dass die Stadt nicht für die genannten Straßen zuständig sei. Hier muss Hessen Mobil die Entscheidung treffen. Die von der CDU gewünschten Kontrollen seien im Rahmen des gemeinsamen Ordnungsbehördenbezirks durchführbar.

TOP 12b):

Der Antrag der CDU findet allgemeine Zustimmung.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, sich bei Hessen Mobil für die Einführung von Tempo 30 gem. Antrag der CDU einzusetzen

TOP 12c):

Der Beschluss wird **einstimmig** angenommen.

TOP 13a):

Die Anfrage der CDU-Fraktion mit den dazugehörigen Antworten – siehe Anlage 2.

Gefertigt am 09.09.2021

Heike Mühlenbruch
Schriftführerin

Manfred Tschertner
Vorsitzendes Mitglied der
Stadtverordnetenversammlung

Anlagen

Anlage 1

Mitteilungen des Magistrats zur StaVo:

Vorlage des Vertrages „Kulturcafé Nebenan“ und des halbjährlichen HH-Vollzugsbericht ist erfolgt.

Sachstand Dorfentwicklungsprogramm 2019

Die Übergabe des Zuwendungsbescheides „Städtebauliche Beratung“ ist erfolgt.

Am 09.09.21 findet eine „Kick-off“-Veranstaltung mit allen beteiligten Ämtern statt, um Reibungsverluste hinsichtlich Bauamt, Denkmalschutz usw. so gering wie möglich zu halten. Folgende kommunale Förderanträge wurden beim Wetteraukreis gestellt: Verfahrensbegleitung, Umgestaltung der Weehd und Sanierung der Stadtmauer. Wie es aktuell aussieht, sind alle Projekte förderfähig.

Die Auftaktveranstaltung für private Vorhaben im Rahmen der Dorfentwicklung findet am Donnerstag, dem 30.09.21 statt.

Regionalverband Projekt Mobilitätsstationen

Alina Arnold und Nils Quante stellen Projekt im Einzelnen vor. Unter einer Mobilitätsstation. In Zusammenarbeit mit der Universität Göttingen werden daher in einem ersten Schritt die Optionen für die Stadt Münzenberg ausgearbeitet. Da die Stadt Münzenberg Mitglied im Regionalverband ist, erfolgt das Ganze kostenneutral.

Personal - wird nicht zur Veröffentlichung an die BZ gegeben! DSGVO

Stadtverwaltung

Ricarda Walter wird ab dem 01.11.2021 als teilzeitbeschäftigte Verwaltungsfachangestellte mit 30 Wochenstunden unbefristet im Bürgerbüro eingestellt.

Nadja Birkenfeld wurde nach erfolgreichem Abschluss Ihrer Ausbildung ab dem 13.07.2021 als vollbeschäftigte Verwaltungsfachangestellte unbefristet in der Hauptverwaltung übernommen.

Heike Mühlenbruch wurde ab 01.07.2021 als teilzeitbeschäftigte Angestellte für die Bereiche „Stadtmarketing und Tourismus, Gremienservice und Öffentlichkeitsarbeit“ mit 24 Wochenstunden unbefristet eingestellt.

Kindertagesstätten

-Taubenhaus

Judith Röhrig wurde ab 01.09.2021 als teilzeitbeschäftigte Erzieherin mit 33 Wochenstunden unbefristet eingestellt.

Karin Linnarz, langjährige Reinigungskraft in der KiTa, ist mit Ablauf des 31.08.2021 in den wohlverdienten Ruhestand gegangen.

Sabrina Adrian wurde ab 30.08.2021 für Karin Linnarz als teilzeitbeschäftigte Reinigungskraft mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 25,75 Stunden unbefristet eingestellt.

-Kinderbrücke

Julia Mühle wird ab dem 01.10.2021 als teilzeitbeschäftigte Betreuungskraft (Abrufvertrag mit variabler Arbeitszeit) mit durchschnittlich 10 Wochenstunden unbefristet eingestellt.

Ludmilla Uruschenko hat Ihre Erzieherinnenausbildung erfolgreich abgeschlossen. Sie wurde ab dem 01.09.2021 als teilzeitbeschäftigte Erzieherin mit einer Wochenarbeitszeit von 30 Stunden befristet als Schwangerschaftsvertretung, vorerst bis zum 31.12.2022, eingestellt.

David Peichl absolviert vom 30.08.2021 bis 22.07.2022 ein Anerkennungspraktikum, das der staatlichen Anerkennung als Erzieher vorauszugehen hat.

Martina Riha wurde ab dem 01.06.2021 als teilzeitbeschäftigte Reinigungskraft der KiTa und des Jugendzentrums mit durchschnittlich 11 Wochenstunden unbefristet eingestellt.

-Steinberg

Annabelle Holzacker hat Ihre Erzieherinnenausbildung erfolgreich abgeschlossen. Sie wurde ab dem 31.08.2021 als vollbeschäftigte Erzieherin unbefristet eingestellt.

Daniela Riha, bisher befristet beschäftigt, wurde mit Wirkung zum 01.08.2021 als teilzeitbeschäftigte Betreuungskraft mit einer Wochenarbeitszeit von 20 Stunden in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen.

Feuerwehr

Obwohl schon lange im Einsatz wurde der MTW am vergangenen Freitag im Rahmen der JHV der Traiser Feuerwehr übergeben.

Ferienspiele der Stadt Münzenberg

Insgesamt haben knapp 100 Kinder in den beiden ersten Ferienwochen an den Ferienspielen teilgenommen. Es gab keine besonderen Vorkommnisse.

In der 4. Woche findet das traditionelle Zeltlager am Gederner See statt und für die Jugendliche steht noch ein Grill-Event und die Fahrt zur Sommerrodelbahn auf dem Plan

Wald

Wie bereits im Forsteinrichtungswerk festgestellt und auch von Förster Hessler bei der Waldsitzung berichtet, werden sowohl die Naturverjüngung als auch die neu angepflanzten Schonungen von den Rehbeständen durch Fraß stark dezimiert und zerstört. Die Abschusszahlen für Rehwild wurden bereits erhöht, was allerdings ohne Erfolg blieb, da das Wild durch das erhöhte Besucheraufkommen in der Deckung bleibt und so nicht geschossen werden kann.

Daher ist es von grundlegender Bedeutung, sowohl im Dicken als auch im Dünnen Wald für eine Beruhigung der Wildbestände zu sorgen.

Dies kann nur durch die Errichtung von Sperrern/Schranken zur Verhinderung des PKW-Verkehrs sowie durch die Aufklärung der Bevölkerung geschehen. Geplant ist die Errichtung von drei kommerziellen Wegeschranken mit Gegengewicht und Auflagestütze zum Öffnen sowie sechs weiteren Barrieren, die in Eigenleistung erbaut werden.

Machbarkeitsstudie des Technologie Zentrum Wasser

Das Verfahren der Umkehrosmose (semipermeable Membran) wäre für die Stadt Münzenberg geeignet. Hierbei wird alles herausgefiltert (Medikamente, Nitrat etc.) und der Härtegrad durch Zumischung des Wassers aus Münzenberg und Trais auf 8°dH eingestellt. Durch den hierdurch nötigen Ringschluss wird gleichzeitig die Versorgungssicherheit gewährleistet. In der kommenden StaVo wird eine entsprechende Vorlage auf der Tagesordnung stehen.

Klärschlammtegelte sinken

Es wurde eine neue ÖRV mit niedrigeren Gebühren abgeschlossen.

Jubiläumsjahr 2022

Es ist vorgesehen, dass u.a. vom 04. bis 07.08.2022 auf der Burg Münzenberg Konzerte stattfinden. Veranstaltungen in der Burganlage zeichnen sich immer durch ein besonderes Flair aus. Als Organisator ist die Firma EL-music-event aus Rockenberg tätig. Die Konzerte sollen durch den Verkauf der Karten und durch Sponsoren finanziert werden. Bisher haben diese Sponsoren etwa 10.000,-€ zugesagt. Als Veranstalter werden die beiden Kommunen Rockenberg und Münzenberg auftreten.

Straßenreparatur-Arbeiten

Es werden zur Zeit Vorbereitungen für eine größere Straßenreparatur am Beginn der Hauptstraße, Ecke Bahnhofstraße/Holzheimer Straße getroffen. Dies betrifft die Hauptstraße von der Bahnhofstraße bis zum Haus Hauptstr. 2 und die Anschlussbereiche an die Unter- und Obergasse.

Das Pflaster in diesem Bereich hat sich nach über 20 Jahren deutlich verschoben und es haben sich Rinnen gebildet. Es ist daher vorgesehen, dass dieser Pflasterbereich der Fahrbahn durch eine dauerhaftere Asphaltdecke ersetzt wird. Die Bürgersteige bleiben gepflastert. Die Ausführung erfolgt durch die Fa. Weber als Jahresvertragsunternehmer.

Zuschuss an Grundschule Münzenberg

Die Schulleitung hat sich schriftlich für den finanziellen Zuschuss bedankt und der Freude über das Interesse an der Schularbeit Ausdruck verliehen.

Mitwirkung der Stadt Münzenberg am Buchprojekt „50 Jahre Wetteraukreis“

Am 1. August 2022 wird der Wetteraukreis 50 Jahre alt. Die Stadt Münzenberg wird sich am geplanten Buchprojekt/Festbuch 50 Jahre Wetteraukreis mit einem Text und Bild beteiligen.

Veranstaltungskalender 2022

Auch in diesem Jahr ist vorgesehen, die neue Broschüre des Veranstaltungskalenders Ende November in Druck zu geben, sodass diese Ende Dezember an alle Haushalte verteilt werden kann. Die Vereinsvertreter werden in Kürze um die Abgabe der geplanten Termine gebeten.

Grundstück Blumenstraße 17 (ehem. CuraSana)

Letzte Woche ging die Eintragungsnachricht ein und die Stadt Münzenberg ist nun wieder offiziell Eigentümer des genannten Grundstücks.

Termine

Tag der Regionen

Der Tag der Regionen ist ein alljährliches Projekt, dass bereits seit 1999 Akteure des regionalen Wirtschaftskreislaufes aufruft, Regionen nach außen zu transportieren. Der Tag der Regionen ist bundesweit die einzige Veranstaltungsplattform zum Thema regionaler Wirtschaftskreislauf. Auf Anregung der Familie Stranz, die sich bereits mit zwei Veranstaltungen angemeldet hat, konnten in Zusammenarbeit mit der Stelle für Tourismus und Stadtmarketing weitere potentielle Akteure aus dem Kreis der Münzenberger Direktvermarkter und aus dem kulturellen Sektor gewonnen werden. Dank dieser positiven Rückmeldungen ließ sich die ursprüngliche Idee erweitern und Heike Mühlenbruch entwickelte das Motto „Pop up Wochenmarkt“.

Teilnehmer werden neben Landwaren Stranz Gambach mit der „Blechbüx“ die Direktvermarkter Matheshof Wenzel aus Trais (nur 17.09.21), „Schimpf und Schere“ (Vera Klein), das „Kulturcafé Nebenan e.V.“, die Fa. SPAU und die TourismusRegion Wetterau sein. Die beiden Termine sind: **Freitag, 01.10.21**: Vom Apfel zum Stöffche - Informationen, Erfahrungsaustausch und Tipps zur Herstellung von Fruchtsäften und Apfelwein.

Freitag, 17.9.21: Obstsorten-Ausstellung - Schwerpunkt Äpfel, mit Verkostung und Beratung Marktzeit ist von 10.00-16.00 Uhr, die verpflichtende Kernzeit für Beschicker ist von 12.00-14.00 Uhr.

Leseland Hessen

Münzenberg beteiligt sich erstmals als Kooperationspartner mit zwei Lesungen an der Landesaktion zur Leseförderung „Leseland Hessen“. Kern-Zielgruppe für beide Veranstaltungen sind junge Menschen ab 12 Jahren, da es für diese Altersgruppe wenig bis keine Angebote dieser Art gibt. Selbstverständlich sind aber alle Interessierten herzlich willkommen.

Termine sind **Freitag, der 10.09.21** im Alten Rathaus Gambach mit der Lesung aus „Hexenkinder von Seulberg“ und der **01.10.21** im Kulturhaus Alte Synagoge Münzenberg mit „1933 – Feuer!“.

Anlage 2

Anfrage der CDU zur Stadtverordnetenversammlung am 08.09.2021 „Gefahrenabwehrplan, Bevölkerungsversorgung und -warnung“

Die nicht-polizeiliche Gefahrenabwehr ist eine wichtige Aufgabe der Kommunen. Großbrände, Pandemien und Naturkatastrophen können die Stadt Münzenberg zu jederzeit ereilen. Jede Kommune sollte einen individuellen Gefahrenabwehrplan erstellen, vorhalten und engmaschig aktualisieren. Evakuierung, Unterbringung und Versorgung der Bevölkerung müssen aus Sicht der CDU auch auf kommunaler Ebene vorgeplant sein. Die Warnung der Bevölkerung im Gefahrenfall ist eine wichtige Säule zum Schutz der Menschen in der Stadt Münzenberg.

1. Besteht für die Stadt Münzenberg ein gültiger Gefahrenabwehrplanung (GAP)?
Nein.
2. Wenn nein, warum wurde eine Erstellung nicht abschließend durchgeführt?
Vorgespräche wurden geführt, das Thema blieb leider in der Folge auf der Strecke aufgrund anderer Prioritätensetzung.
3. Wenn nein, wann ist mit einer Fertigstellung von einem GAP Stadt Münzenberg zu rechnen?
Ende 2022.
4. Welche Gebäude in der Stadt Münzenberg sind als Betreuungs- und Versorgungsstellen für die Bevölkerung geplant?
Grundsätzlich ist jeder Betroffene selbst verpflichtet, die Obdachlosigkeit zu beseitigen. Nur wenn er sich nicht selbst helfen kann (Nachbarn, Freunde und Bekannte), schreitet die Kommune entsprechend des § 11 HSOG ein und stellt Wohnraum zur Verfügung. Allerdings würde auch die Brandversicherung (alle Gebäude sind hier pflichtversichert) die Unterbringung in dieser Notlage beispielsweise im Hotel bezahlen.
In Abhängigkeit von der Personenzahl würden die betroffenen Personen Zurzeit in den Flüchtlingsunterkünften bis hin zum Dorfgemeinschaftshaus in Ober-Hörgern untergebracht werden.
5. Gibt es ein öffentliches Gebäude zur Versorgung der Bevölkerung mit externer Stromeinspeisemöglichkeit per Generator?
Als öffentliches Gebäude für die Unterbringung einer größeren Anzahl von Menschen ist zunächst das Dorfgemeinschaftshaus in Ober-Hörgern vorgesehen, die externe Stromeinspeisung wurde noch nicht umgesetzt.
6. Wenn nein, ist eine Umsetzung dieser wichtigen Möglichkeit zeitnah geplant?
Ja.
7. Ist das Stadtgebiet Münzenberg mit Sirensystemen vollständig versorgt bzw. akustisch ausgeleuchtet?
Nein.
8. Kann die Bevölkerung über die örtlichen Sirensysteme mit den Sonderwarntönen (nicht Feuerwehralarm) bei Gefahr gewarnt werden?
Aktuell nicht. Es war daher bereits vorgesehen, die Kosten für die Umrüstung der Sirenen in den kommenden Haushalt aufzunehmen.

Anlage 3

Persönliche Erklärung des CDU Fraktionsvorsitzenden Alexander Heise im Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Stadtverordneter,
Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin
Sehr geehrte Damen und Herren,

die letzten Wochen haben mich sehr beschäftigt und ich habe beschlossen diese persönliche Erklärung abzugeben. Mir ist bewusst, dass ggf. Außenstehende hier erwähnte Zusammenhänge nicht immer verstehen können, aber die Betroffenen wissen um meine Ausführungen.

Aus meiner Sicht ist diese Legislaturperiode enttäuschend gestartet. Auf Worte und Zusagen vor der Konstituierung war nicht immer Verlass.

Ich musste dazu und damit umgehen lernen, auch wenn mir dies sehr schwer gefallen ist.

Was ich aber nicht akzeptieren kann, ist, aus meiner Sicht, die Missachtung dieser Versammlung, dem höchsten Gremium in der städtischen Politik.

In diesem Gremium werden die Weichen der Politik in der Stadt Münzenberg gestellt. In dieser Versammlung sitzt der Erste Bürger dieser Stadt, der Stadtverordnetenvorsteher. Missachtung von Strukturen und Beschlüssen dieser Versammlung in den letzten Wochen muss ich als gewählter Vertreter anmahnen.

Besprechungen müssen, aus meiner Sicht, alle Fraktionen oder die Verantwortlichen für einen Ausschuss vertreten sein. Eine Selektion der Gesprächspartner lehne ich persönlich ab.

Ich bin enttäuscht, dass ein ausgearbeiteter Vertrag nicht wie besprochen dieser Versammlung vorgelegt, sondern zwischen den Vertragsparteien abgeschlossen wurde, zu wider eines wahrgenommenen Beschlusses dieser Versammlung.

Die entsprechenden Abschnitte im Protokoll sind wie so manches Mal ggf. und scheinbar unterschiedlich deutbar.

Neben dem ist nach meiner persönlichen Wahrnehmung, Zeitdruck das neue Managementinstrument in der städtischen Politik. Aus meiner beruflichen Erfahrung kenne ich es so, wer Zeitdruck ausüben muss, hat seine Arbeit vorher nicht richtig gemacht.

Ich wage an dieser Stelle einen Blick in die Zukunft:

Die Sanierung Rathaus Münzenberg liegt zur Bearbeitung zusammen mit dem Bürger-/ und Besucherzentrum im Ausschuss, die Gelder Hessenkassen sollen oder besser sollten genutzt werden.

Bisher ist nach dem letzten Beschluss dieser Versammlung im Ausschuss nichts geschehen. Nun naht das Ende des Jahres 2021, die Frist läuft ab. Druck und Zeitmangel werden im Zweifel dieses Thema wieder bestimmen.

Diskutiert nicht, beschließt, erkenne ich aus solchen Situationen heraus.

Vielleicht täusche ich mich, ich bin ja auch kein Wahrsager, aber schon gar kein unreflektierter Ja-Sager.

Eine Erkenntnis für mich noch an dieser Stelle: Wenn es nicht so läuft, wie gewünscht, wird wie mir geschehen, versucht Druck über die Kreisebene ausüben zulassen, dies ist aber an meinen kompetenten Kollegen der CDU gescheitert.

Mich erschüttert dieser Sachverhalt zutiefst.

Man kann, auch wenn ICH es anders tun würde, dem Magistrat ein Schweigegelübde auferlegen, aber NICHT den gewählten Vertreterinnen und Vertretern der Stadtverordnetenversammlung.

Das Wohl der Stadt steht im Fokus, auch wenn das, was für die Stadt gut sein soll, manchmal aus verschiedenen Brillen gesehen werden kann.

Faire Diskussion finde ich gut, unfaire Einflussnahme und Zeitdruck lehne ich ab.

Die Achtung der Gremien und deren Zuständigkeiten müssen aus meiner Sicht gewahrt werden.

Vielen Dank für Ihre Zeit und Aufmerksamkeit.

Anlage 4

Hessischer Städte- und Gemeindebund e.V.
Verband der kreisangehörigen Städte und Gemeinden



Hessischer Städte- und Gemeindebund · Postfach 1351 · 63153 Mühlheim/Main

Magistrat
der Stadt Münzenberg
Hauptstraße 22
35516 Münzenberg

EINGEGANGEN

31. Aug. 2021

Abteilung 2.1

Referent(in) Frau Adrian
Unser Zeichen Adr/jg

Telefon 06108/6001-0
Telefax 06108/600157
E-Mail: hsgb@hsgb.de

Durchwahl 6001 - 51

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom 13.08.2021

Datum 25.08.2021

**Ausführung eines Stadtverordnetenbeschlusses – Abschluss einer
Nutzungsvereinbarung für ein Gebäude**

Sehr geehrte Damen und Herren,

sofern der Vertrag die entsprechenden Unterschriften gem. § 71 HGO enthält, ist dieser wirksam zu Stande gekommen. Wir empfehlen dennoch, den Vertrag noch einmal rückwirkend in der Stadtverordnetenversammlung beschließen zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen

Adrian